



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT



Senatsverwaltung  
für Wirtschaft, Energie  
und Betriebe



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für  
Umwelt, Landwirtschaft  
und Energie

Die Senatorin für Klimaschutz,  
Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung  
und Wohnungsbau



Hamburg

Behörde für  
Umwelt und Energie

Freistaat  
Thüringen



Ministerium  
für Umwelt, Energie  
und Naturschutz

HESSEN



Hessisches Ministerium  
für Wirtschaft, Energie,  
Verkehr und Wohnen



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR UMWELT,  
ENERGIE, ERNÄHRUNG  
UND FORSTEN

SH



Schleswig-Holstein  
Ministerium für Energiewende,  
Landwirtschaft, Umwelt, Natur  
und Digitalisierung

An den Bundesminister  
Peter Altmaier  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
Scharnhorststraße 34-37  
11019 Berlin

20. August 2019

## Stärkung der Photovoltaik im ländlichen Raum und in den Städten

Sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier,

die Bundeskanzlerin hat sich vor dem Petersburger Klimadialog zum Ziel der „Treibhausgasneutralität“ bekannt. Die Bundesregierung selbst strebt an, die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2030 auf 65 % zu steigern. Wir unterstützen Sie bei diesen Bemühungen und bieten Ihnen gern eine intensive Zusammenarbeit an. Mit diesem Schreiben wollen wir Ihnen Vorschläge unterbreiten, wie insbesondere die Potentiale der Photovoltaik im ländlichen Raum und in den Städten besser genutzt und bisher restriktive Rahmenbedingungen überarbeitet werden können.

Die jüngst beschlossene Einführung von Sonderausschreibungen für (Onshore-)Wind und Photovoltaik wird nicht genügen, um die skizzierten Ziele zu erreichen. Um aus einer Stromwende eine umfassende Energiewende zu machen, müssen Energieverteilung und Energienutzung neu gedacht und gestaltet werden, die Sektoren müssen gekoppelt und Flexibilität muss zum Standard werden. Dafür ist die Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-neutrale, dezentraler ausgerichtete Energieversorgung notwendig und die solaren Potenziale der urbanen Zentren und des ländlichen Raums sind viel stärker als

bisher in den Fokus zu nehmen. Es genügt für die Zukunft nicht, die Städte als reine Verbrauchsregionen zu betrachten, denn dann würden enorme Potenziale verschenkt. Gleichermäßen gilt es, in ländlichen Regionen die planungsrechtlichen Grundlagen zu verbessern.

Im Rahmen der Beratungen zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen im Wirtschaftsausschuss des Bundestags haben Sie baldige Änderungen unter anderem mit Blick auf Mieterstrom- und dezentrale Versorgungsmodelle in Aussicht gestellt (A-Drs. 19(9)341).

Mit dem beigefügten Papier „Stärkung der Photovoltaik im ländlichen Raum und in den Städten“ möchten wir, die Energieminister\*innen und –senator\*innen der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen den aus unserer Sicht notwendigen Änderungsbedarf darstellen, um die restriktiven Rahmenbedingungen zügig anzupassen – mit dem Ziel, den Ausbau der Solarenergie deutlich zu erhöhen und damit ein bisher ungenutztes Potential zu heben.

Sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier,

die vor uns liegenden Monate sind als „Herbst der energiepolitischen Entscheidungen“ angekündigt. Wir hoffen, dass darunter auch solche sind, die Fortschritte für den Ausbau der Photovoltaik bringen. Die Unterzeichnenden bieten Ihnen dafür gern eine enge Zusammenarbeit an.

Mit freundlichen Grüßen

Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren



Franz Untersteller  
Baden-Württemberg



Ramona Pop  
Berlin



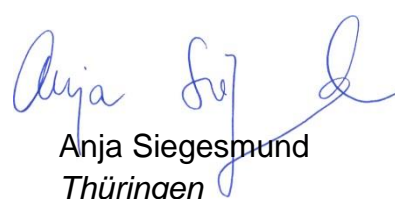
Prof. Dr. Claudia Dalbert  
Sachsen-Anhalt



Dr. Maike Schaefer  
Bremen



Jens Kerstan  
Hamburg




Anja Siegesmund  
Thüringen



Tarek Al-Wazir  
Hessen



Ulrike Höfken  
Rheinland-Pfalz



Jan Philipp Albrecht  
Schleswig-Holstein